

Klarstellung

Das Thema „**Bahnwerkstatt Bremen-Oslebshausen/Gräberfeld sowjetischer NS-Opfer an der Reitbrake**“ hat inzwischen bundesweite Beachtung gefunden. Im Zusammenhang eines Briefes der Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu und des Bremer Friedensforums an Bundesaußenminister Maas, an die Parteivorsitzenden und Geschäftsführer von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie an die Kanzlerkandidat:innen kam es zu Missverständnissen.

Überrascht nehmen wir zur Kenntnis, dass sich Vertreter:innen des Bremer Senats und Ressortvertreter:innen insbesondere durch die Textpassage "Offenbar hat das von den Nazis geprägte Stigma der "Untermenschen" bis heute Bestand und führt dazu, dass sogar im Tode noch unwürdig mit diesen armen Opfern umgegangen werden kann" persönlich angesprochen fühlen. Das lag uns fern und wir meinen, dass wir so kaum missverstanden werden können. Sollte diese Textpassage jedoch so verstanden werden, so bedauern wir dies. Wir stellen hiermit klar, dass in keiner Weise gemeint und beabsichtigt war, Vertreter:innen des Senats und Ressortvertreter:innen in eine Reihe mit NS-Funktionären zu stellen.

Uns verbindet das gleiche Unbehagen über die Nachkriegsentwicklung und den Umgang Deutschlands mit den Opfern der Nazi-Herrschaft, wie es Bundespräsident Frank Walter Steinmeier und der Präsident des Senats, Andreas Bovenschulte, in jüngster Zeit formuliert haben:

"Doch die Verbrechen, die von Deutschen in diesem Krieg begangen wurden, lasten auf uns. Auf den Nachkommen der Opfer ebenso wie auf uns, der heutigen Generation. Bis heute. Es lastet auf uns, dass es unsere Väter, Großväter, Urgroßväter sind, die diesen Krieg geführt, die an diesen Verbrechen beteiligt waren. Es lastet auf uns, dass zu viele Täter, die schwerste Schuld auf sich geladen hatten, nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Es lastet auf uns, dass wir den Opfern im Osten unseres Kontinents viel zu lange Anerkennung, auch Anerkennung durch Erinnerung, verwehrten."... "Wer Licht in diese Erinnerungsschatten bringen will, der muss keine weite Strecke zurücklegen – sie finden sich vor unserer Haustür. Es sind nicht nur die ehemaligen Kriegsgefangenenlager wie Stukenbrock in Westfalen oder Sandbostel in Niedersachsen, das ich vor wenigen Tagen besucht habe. Es gibt in Deutschland über 3.500 Grabstätten sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener. Das Museum Karlsruh hat all diese Orte zusammengetragen und eine Landkarte erarbeitet." (*Der Bremer "Russenfriedhof" ist hier noch nicht aufgeführt.* <https://www.sowjetische-memoriale.de>)

Quelle: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/06/210618-D-Russ-Museum-Karlsruh.html>)

Bürgermeister Andreas Bovenschulte sagte anlässlich der Veranstaltung "Wie erinnern? 80 Jahre nach dem Überfall. Veranstaltung des Bremer Senats" am 30. Juni 2021:

"Die systematische Brutalität und Menschenverachtung, die Zahl der Opfer und auch die Vernichtung von Lebensgrundlagen und Kulturgütern erreichten nie gekannte Ausmaße und die Dimensionen des Horrors dieses von Nazi-Deutschlands geführten Krieges erscheinen uns heute geradezu unfassbar, sind aber historische Realität, der wir uns stellen müssen. Von daher ist es umso mehr zu begrüßen, dass jetzt in

Deutschland erkannt wird, dass der Vernichtungskrieg der Wehrmacht im Osten noch viel stärker als bisher ein Bestandteil unserer Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus werden muss. Hier hat Deutschland eindeutig Nachholbedarf und hier hat, das darf ich ergänzen, auch Bremen Nachholbedarf. Und nach den jüngsten öffentlichen Äußerungen des Bundespräsidenten und der Kanzlerin besteht auch Anlass zur Zuversicht, dass dies gelingen könnte."

Wie Bürgermeister Bovenschulte zu recht hervorhebt, ist die Kontinuität antisowjetischer und antirussischer Ressentiments in der Geschichte der Bundesrepublik, so auch in Bremen, lebendig, Daraus ergibt sich die gemeinsame Verpflichtung der Regierenden wie der Zivilgesellschaft, das historische Erbe des Eroberungs- und Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion anzunehmen. Das bedeutet konkret, dass die in Bremen vergessenen Opfer faschistischer Sklavenarbeit an diesem Ort in Oslebshausen zunächst identifiziert und in einer offiziellen Kriegsgräberstätte der Stadt Bremen würdevoll bestattet werden.

Ein historisches Zentrum sollte die Erinnerungen an die vielen Einzelschicksale von Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion an Ort und Stelle wachhalten (samt Aufklärung über die Ursachen, den Verlauf und die Folgen dieses mörderischen Krieges) und könnte mehr als symbolisch zu Frieden und Verständigung in den gegenwärtig belasteten Beziehungen der Bundesrepublik zu Russland, der Ukraine und Weißrusslands beitragen.

In diesem Sinne ist der durch die Oslebshausener Bürgerinitiative und das Bremer Friedensforum angestoßene Meinungsbildungsprozess ein Versuch, den von Bürgermeister Bovenschulte angemahnten "Nachholbedarf" ernst zu nehmen und an der archäologisch freigelegten Stelle in die Praxis umzusetzen.

Bisher ist der Umgang Bremens mit dem Gräberfeld sowjetischer NS-Opfer in Bremen-Oslebshausen nach 1945 beschämend gewesen. Man muss es ein „planvolles Vergessen“ nennen: Abbruch der Öffnung der Gräber und Umbettung nach Osterholz in Kenntnis, dass nur ein Teil der Leichname geborgen wurde, Aufspülen von über zwei Meter Sand und Ablagern von Trümmerschutt über den Gräbern, Vernichten von Dokumenten, die über die Aktionen Aufschluss hätten geben können, so dass sie auch im Staatsarchiv nicht auffindbar sind, keine Meldung über dort noch vorhandene Gräber an zuständige Stellen, eine kurze Erinnerung in den 1990er Jahren bei der Ansiedlung der Firma Nehlsen wurde rasch wieder unterdrückt.

Erst Anfang dieses Jahres haben unsere Vereinigungen die Erinnerung an dieses verschwiegene Problem wieder wachgerufen. Bremen wird jetzt im In- und Ausland beobachtet, wie es mit dieser zu lösenden Frage umgehen wird.

Wenn Bürgermeister Bovenschulte davon sprach, dass auch Bremen „Nachholbedarf“ hat, glauben wir, dass er genau darauf anspielen wollte. Eigentlich hatten wir für die Aufdeckung des bisher defizitären Umgangs mit dem „Russenfriedhof“ eher Anerkennung erwartet.

Wir hoffen, dass Bremen in dieser Frage auf einem guten Weg bleibt, wie er jetzt durch die Landesarchäologin eingeschlagen wird. Vor Abschluss der möglicherweise zeitaufwändigen Untersuchungen und folgender diplomatischer Absprachen mit

Russland und der Ukraine dürfen über das Terrain keine bindenden Entscheidungen getroffen werden.

Wir engagieren uns weiter in der Hoffnung, dass unsere Initiative in Oslebshausen zur Aufarbeitung der Vergangenheit und des Schicksals der dort begrabenen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen aus der ehemaligen Sowjetunion beiträgt und so zum Baustein für das öffentliche Gedenken wird, das auch eine Verpflichtung für heute darstellt.

Bremen, 20. Juli 2021

Rolf Vogelsang
Bürgerinitiative Oslebshausen und Umzu
c/o Bürgerhaus Oslebshausen
An der Finkenau 32
D-28239 Bremen
0049- (0) 179379 6615
info@bi-oslebshausen.de
<https://bi-oslebshausen-und-umzu.de>
<https://www.facebook.com/groups/2061150564099146>
<https://twitter.com/bOslebshausen>
https://www.instagram.com/bi_oslebshausen/

Dieter Winge
Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu
Stubbener Str. 31
D-28239 Bremen
0049- (0) 179379 6615
info@bi-oslebshausen.de
<https://bi-oslebshausen-und-umzu.de>
<https://www.facebook.com/groups/2061150564099146>
<https://twitter.com/bOslebshausen>
https://www.instagram.com/bi_oslebshausen/

Ekkehard Lentz
Bremer Friedensforum
Villa Ichon
Goetheplatz 4
D-28203 Bremen
0049- (0) 421-3 96 18 92
0049- (0) 173-4 19 43 20
info@bremerfriedensforum.de
<https://www.bremerfriedensforum.de>
<https://www.facebook.com/bremerfriedensforum>
<https://twitter.com/ekkehardlentz1>
https://www.instagram.com/bremer_friedensforum